

Übersetzung aus dem Russischen

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A.A. Gromyko

Verehrter Genosse Vorsitzender!

Liebe Genossen!

Gestatten Sie, zunächst den deutschen Freunden recht herzlich für den freundlichen Empfang und die Gastfreundschaft sowie die guten Bedingungen zu danken, die für unsere Arbeit geschaffen worden sind.

Entsprechend der vorher erzielten Übereinkunft behandeln wir heute Fragen der militärischen Entspannung in Europa, den Stand der Vorbereitung des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit dem 25. Jahrestag der Organisation des Warschauer Vertrages.

Seit unserem letzten Treffen in Budapest gab es viele Ereignisse, die neue Momente in die Lage auf dem europäischen Kontinent hineintragen. Die Lage in Europa, wie auch in der ganzen Welt, ist gegenwärtig durch die angewachsene Kompliziertheit in der Entwicklung der grundlegenden politischen Prozesse gekennzeichnet.

Einerseits kommt die Entspannung, die auf europäischem Boden bereits tiefe Wurzeln geschlagen hat, in den Beziehungen zwischen den Staaten des Ostens und Westens unseres Kontinents täglich weiter zur Geltung.

Das ist das direkte Ergebnis des aktiven und konsequenten Kampfes der sozialistischen Bruderländer für die Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit in Europa.

Die von unseren Ländern unterbreiteten Friedensinitiativen finden das Verständnis und die Zustimmung der Völker, sie sind ein wirksamer positiver Faktor der Politik in Europa und in der Welt.

Ein großer Erfolg der Kräfte des Friedens und des Sozialismus war die Unterzeichnung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen in Wien. Sein Inkrafttreten wird zweifellos ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung sein. Allerdings besteht hinsichtlich der Ratifizierung im USA-Kongreß noch keine Klarheit.

Es gibt auch andere Tatsachen. Bekanntlich ist beabsichtigt, in Kürze auf der NATO-Ratstagung in Brüssel die Pläne zur Produktion und Stationierung von neuen Systemen amerikanischer nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in einer Reihe von Ländern Westeuropas zu bestätigen. Es ist völlig klar, daß diese Pläne nicht anders bewertet werden können als ein Versuch des NATO-Blocks, die militärische Überlegenheit zum Schaden für die Sicherheitsinteressen der Staaten des Warschauer Vertrages zu erlangen.

Unter diesen Bedingungen sind der Widerstand gegen diese Pläne, der Kampf dafür, daß in Europa die bestehende militärische Gleichheit nicht zerstört und die Entspannung nicht aufgehoben wird, eine aktuelle Aufgabe von erstrangiger Bedeutung. Und wir haben die gemeinsame Plattform für konkrete Aktionen in dieser Richtung. Das ist das nach Abstimmung mit den Führungen der Bruderparteien exakte und klare Programm zur Festigung des Friedens in Europa, das vom PBA des Warschauer Vertrages vor noch nicht allzu langer Zeit und von L.I. Breshnew erst jüngst hier in Berlin anläßlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitet wurde.

Im Brennpunkt steht jetzt - und es ist völlig klar warum - die Frage der nuklearen Trägermittel mittlerer Reichweite. Den Weg zur Lösung dieser Frage eröffnet die Bereitschaft der Sowjetunion, mit den NATO-Ländern in Verhandlungen einzutreten sowie die Bereitschaft, im Vergleich zum derzeitigen Stand die Anzahl der nuklearen Trägermittel mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der UdSSR stationiert sind, sogar zu verringern, wenn in Westeuropa keine zusätzliche Stationierung ähnlicher Mittel erfolgt.

Zur Erzielung gegenseitig annehmbarer Vereinbarungen ist es erforderlich, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Und wir schlagen vor, dies unverzüglich zu tun.

Womit antworten uns die westlichen Länder?

Von einigen, einschließlich der USA, haben wir schon über offizielle Kanäle eine Antwort erhalten. Sie vermittelt eine Vorstellung von der Grundposition, die der Westen vertritt. Ihr Wesen besteht darin, zuerst in der NATO den Beschluß über die Produktion und Stationierung von neuen nuklearen Trägermitteln mittlerer Reichweite in Westeuropa zu fassen und lediglich danach - mit einem solchen Beschluß in der Tasche - Verhandlungen zu führen.

Diese Linie kristallisierte sich auch in den Gesprächen mit den Repräsentanten der BRD während unseres kürzlichen Besuches in Bonn heraus. Leider verzichteten sie darauf, den Argumenten der Vernunft zu folgen und beabsichtigen, die Annahme des genannten NATO-Beschlusses zu unterstützen. Offensichtlich kommt hier nicht zuletzt die Wirkung des amerikanischen Drucks zum Ausdruck. Es mußte deshalb gesagt werden, daß wir in der genannten Frage nicht die gleiche Sprache sprachen.

So sieht die überwiegende Haltung in den führenden NATO-Ländern aus. Aber Sie wissen natürlich, daß die Regierung Dänemarks vorschlägt, den Beschluß über die Stationierung von Trägermitteln mittlerer Reichweite um ein halbes Jahr zu verschieben und mit Verhandlungen zu beginnen. Gewisse Schwankungen zeigen Holland und Norwegen. Das Maß dieser Schwankungen ist nicht ganz klar, auch nicht, inwieweit sie ernsthafter Natur sind. Ganz zu schweigen von der wachsenden Protestwelle gegen die NATO-Pläne, die breite Kreise der westeuropäischen Öffentlichkeit erfaßt hat.

Man sollte annehmen, daß diejenigen, die die Politik dieses Blocks bestimmen, noch Zeit haben, alle "Für und Wider" abzuwägen, der Stimme des gesunden Menschenverstandes zu folgen und Verantwortungsbewußtsein zu zeigen. Wir billigen voll und ganz die im Kommuniquéentwurf enthaltene Idee, sich gemeinsam an die Regierungen

- 4 -

der Mitgliedsländer der NATO mit dem Aufruf zu wenden, die in Europa bestehende Lage unter Berücksichtigung der konstruktiven, friedensfördernden Schritte der Staaten des Warschauer Vertrages erneut zu prüfen und jegliche Handlungen zu unterlassen, die die Situation auf dem Kontinent komplizieren würden. Ein solcher Appell entspräche voll und ganz den aktuellen Erfordernissen.

In Kürze werden die Beschlüsse der NATO bekannt sein. Abhängig von ihrem Charakter werden wir unsere weitere Linie festlegen. Wenn der NATO-Rat dennoch den Beschluß über die Stationierung von neuen amerikanischen nuklearen Mittelstreckenraketen in Westeuropa faßt, werden die Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages offensichtlich diese Frage gesondert behandeln und eventuelle Maßnahmen festlegen müssen unter Berücksichtigung jener Veränderungen in der politischen und militärischen Lage in Europa, die die Verwirklichung des genannten NATO-Beschlusses nach sich ziehen wird.

Jedoch müssen sich die Regierungen der NATO-Länder schon jetzt völlig darüber im klaren sein -und das wird völlig zu Recht im Kommuniquéentwurf unterstrichen- daß die Annahme eines solchen Beschlusses und seine Verwirklichung die Grundlage für die von uns vorgeschlagenen Verhandlungen zerstören würde. Das würde bedeuten, politische Vorbedingungen zu stellen, was für die Staaten des Warschauer Vertrages grundsätzlich unannehmbar ist.

Ebenfalls ist verständlich, daß, wenn mit der Verwirklichung der NATO-Pläne begonnen wird, die Sowjetunion und -unserer Überzeugung nach auch die anderen Länder des Warschauer Vertrages- in der Lage sind, ihre Sicherheitsinteressen zu wahren. Dabei ist den Völkern Europas und der Welt völlig klar, daß jene zusätzlichen Maßnahmen, die wir unter diesen Umständen ergreifen müßten, notgedrungene Gegenmaßnahmen sind.

Noch einige Worte zu einem Abschnitt des Kampfes für die Festigung des Friedens in Europa- dazu, wie es um die Verwirklichung der Initiative der Länder des Warschauer Vertrages zur Einberufung einer Konferenz auf politischer Ebene unter Teilnahme aller Staaten Europas sowie der USA und Kanadas zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung auf dem europäischen Kontinent bestellt ist.

Die Sowjetunion, und, wie wir wissen, auch die anderen Länder des Warschauer Vertrages, haben eine ganze Reihe von Konsultationen mit westlichen Partnern geführt. Für uns alle ergibt sich offenbar nur eine Schlußfolgerung: Sie zögern mit einer Antwort, und es ist offensichtlich erforderlich, diesem Vorschlag einen neuen Impuls zu verleihen, ihn weiter zu entwickeln und zu konkretisieren.

Die Frage der Bezeichnung der Konferenz ist durchaus kein formelles Moment. Ihre Bezeichnung muß in konzentrierter Form den Inhalt der Arbeit und das Hauptziel widerspiegeln. Geeignet wäre vielleicht folgende Bezeichnung: "Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa".

Angesichts der Vielfalt und des Umfangs der Probleme, die es auf dieser Konferenz zu behandeln gilt, könnte sie etappenweise durchgeführt werden.

Es gibt den Gedanken, sich in der ersten Etappe auf die vertrauensbildenden Maßnahmen zu konzentrieren, da auf diesem Gebiet schon gewisse Erfahrungen gesammelt wurden und mehr Übereinstimmung in den Positionen der Seiten besteht. Viele vertrauensbildende Maßnahmen für die Perspektive wurden in den Reden L.I. Breschnews unterbreitet und sind im Kommuniqué unserer Budapester Tagung genannt. Mit einem Wort, die sozialistischen Staaten verfügen über ein bedeutendes Arsenal an konkreten Friedensinitiativen, die die erste Etappe der vorgeschlagenen Konferenz inhaltsreich und produktiv gestalten könnten.

Natürlich könnten bei der Vorbereitung und im Verlauf der Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa jegliche konstruktiven Ideen aller interessierten Staaten erörtert werden.

Die Art und Weise sowie die Reihenfolge, in der in den weiteren Etappen Maßnahmen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Abrüstung in Europa zu erörtern sind, könnte zu einem späteren Zeitpunkt vereinbart werden.

Es versteht sich von selbst, daß die materiellen Maßnahmen der militärischen Entspannung und Abrüstung gewichtiger und effektiver wären, wenn sie eng mit solchen Schritten verknüpft wären wie dem Abschluß eines Vertrages zwischen allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen anzuwenden, sowie mit anderen politischen und vertragsrechtlichen Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr der Entfesselung eines Krieges und zur Verstärkung der Sicherheitsgarantien für die Staaten. Alle diese Vorschläge sollten auf der Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung behandelt werden, wobei die Art und Weise ihrer Erörterung unter Berücksichtigung der Meinungen aller interessierten Seiten zusätzlich vereinbart werden könnte.

Entsprechend der gemeinsamen abgestimmten Linie haben wir zur Verwirklichung der Idee der Einberufung der Konferenz bereits eine bestimmte Arbeit geleistet. Im einzelnen hatten wir Kontakte mit den Franzosen, die bekannterweise seinerzeit einen Vorschlag zur Durchführung einer Konferenz über Abrüstung in Europa unterbreitet hatten, der kürzlich die Unterstützung der übrigen Länder der "Neun" fand.

In der letzten Zeit begannen die Franzosen, häufiger die sich annähernden Elemente unserer Positionen hervorzuheben, wie z.B. allein die Idee der Einberufung einer Konferenz zu Fragen der Entspannung und Abrüstung, die Zusammensetzung und Anzahl ihrer Teilnehmer, den Gedanken, die vertrauensbildenden Maßnahmen

in Europa als Basis für nachfolgende reale Abrüstungsschritte in den Vordergrund zu stellen.

Allerdings verschließen wir die Augen nicht vor prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten. So schlagen die Franzosen vor, daß sich die Konferenz ausschließlich mit der Begrenzung der strategischen Rüstungen, ohne die nuklearen, beschäftigen und sich die vertrauensbildenden Maßnahmen sowie die Maßnahmen zur Abrüstung bis zum Ural erstrecken sollten. Wir haben ihnen ganz klar gesagt, daß das unannehmbar ist. Das ist bereits eine direkte Abweichung von der Schlußakte, vom Prinzip der gleichen Sicherheit der Seiten.

Es gibt auch andere Meinungsverschiedenheiten. Jedoch sind die Möglichkeiten, mit den Franzosen zugunsten unseres Vorschlages zu arbeiten, noch nicht erschöpft. So schätzen wir die Lage ein. Der einzig reale Weg bestünde in dem Versuch einer Einigung darüber, sich in der ersten Etappe der Konferenz auf die vertrauensbildenden Maßnahmen zu konzentrieren und die Fragen der Eindämmung des Wettwüstens und der Abrüstung im weiteren zu verhandeln.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Durchführung der von uns vorgeschlagenen Konferenz vertritt der Westen die Auffassung - und der Außenminister der USA Vance hat mir das in New York direkt gesagt - daß ihre Einberufung noch vor dem Madrider Treffen unreal ist. Die neutralen Staaten neigen zur gleichen Meinung, obwohl ihre Position hinsichtlich unseres Vorschlages über die Konferenz insgesamt wohlwollender ist.

Wir müssen jedoch alles in unseren Kräften Stehende tun, damit eine solche Konferenz so früh wie möglich stattfindet. Taktisch richtig wäre es, multilaterale Konsultationen auf Arbeitsebene zwischen den Teilnehmern der vorgeschlagenen Konferenz mit dem Ziel anzustreben, eine Einigung über den Inhalt der Arbeit der ersten Etappe und die entsprechenden organisatorischen Fragen zu erzielen.

Die Ergebnisse der Konsultationen könnten auf dem Madrider Treffen mit dem Ziel behandelt werden, endgültige Beschlüsse zur Frage der Einberufung und der Art und Weise der Durchführung der Konferenz zu fassen.

Es ist auch nicht auszuschließen, daß sich die Durchführung solcher Konsultationen durch die Schuld der NATO-Länder in die Länge zieht oder überhaupt in Frage gestellt wird. Dann ergibt sich für uns offensichtlich die Notwendigkeit, uns nach einer gewissen Zeit erneut zu treffen und die entstandene Situation zu erörtern.

Die bedeutsamen Vorschläge, die die sozialistischen Länder unterbreitet haben, sind nicht leicht für den Westen, wenn man seine Position in den Fragen der Abrüstung, der Zügelung des Wettrüstens und in den vertrauensbildenden Fragen betrachtet. Es ist klar, daß sich diese Positionen des Westens von unseren prinzipiellen Positionen unterscheiden. Deshalb kommen jetzt von seiner Seite Vorschläge, die nicht im geringsten das Ziel verfolgen, den Prozeß zu beschleunigen, gegenseitig annehmbare Beschlüsse sowohl zu den Fragen der Abrüstung und der Eindämmung des Wettrüstens als auch zu den vertrauensbildenden Fragen zu finden.

Es ist durchaus möglich, daß wir auch künftig auf solche Erscheinungen treffen werden, obwohl sich ihre Positionen der Form nach auch verändern können. Allerdings scheint uns, daß wir darüber nicht enttäuscht sein dürfen; wir müssen diese Lage nüchtern und im Bewußtsein dessen betrachten, wie die Linie der westlichen Länder zu all diesen Fragen aussieht, und unsere Linie beharrlich, hartnäckig und unentwegt verfolgen. Wir erinnern uns alle daran, wie die gesamteuropäische Konferenz geboren wurde, wieviel Jahre es gedauert hat, um sich über die Notwendigkeit einer solchen Konferenz und über ihre Teilnehmer und Hauptrichtungen zu einigen. Schließlich hat man sich doch geeinigt, und es zeigte sich, daß unsere Anstrengungen positive Ergebnisse gebracht haben.

Deshalb scheint es, daß wir uns von vornherein mit Geduld und Hartnäckigkeit wappnen und unbeirrbar in dieser Richtung arbeiten müssen, ohne daß unsere Anstrengungen erlahmen.

Und wer weiß, wie lang diese Zeitspanne in den europäischen Angelegenheiten und überhaupt in den internationalen Angelegenheiten sein wird, in der man um jeden Erfolg kämpfen, gewaltige Anstrengungen unternehmen, den Willen, Beharrlichkeit, Prinzipientreue und natürlich Können beweisen muß. Uns scheint es, daß die Länder des Warschauer Vertrages ausgehend von ihrer Position bereit sind, gerade eine solche Linie in allen diesen Angelegenheiten zu verfolgen.

Zu den Verhandlungen in Wien. Die vergangenen Jahre, und es ist schon ein beträchtlicher Zeitraum - 6 Jahre - vergangen, haben gezeigt, daß die westlichen Länder zu keinen gegenseitig annehmbaren Vereinbarungen kommen wollen. Deshalb hat sich, wie es heißt, "die Kiste verfahren". Angesichts der konstruktiven Initiativen der sozialistischen Länder wird es für sie jedoch immer schwieriger, auf ihren Obstruktionspositionen zu verharren. Das wurde jetzt besonders deutlich, da entsprechend dem kürzlichen Beschluß bereits mit dem Abzug der ersten Kontingente sowjetischer Truppen aus der Deutschen Demokratischen Republik begonnen wurde.

Die westlichen Teilnehmer sind sozusagen rege geworden und erklären uns, daß sie irgendwelche Vorschläge unterbreiten wollen. Über deren Inhalt sollten wir uns keinen Hoffnungen hingeben. Natürlich werden wir sie prüfen und sie so werten, wie sie es verdienen.

Ich gehe zur Frage des Madrider Treffens über. Nach unserem Dafürhalten wird sein Ausgang in hohem Maße davon abhängen, ob der Kreis der konkreten Fragen, die Gegenstand der Erörterung werden, richtig bestimmt wird. Unseres Erachtens müssen das Fragen sein, die für alle Teilnehmer des Treffens von Interesse sind, deren Lösung herangereift ist, die sich natürlich im Rahmen der Schlußakte bewegen und zur Vertiefung der Entspannung beitragen.

Es kommt augenscheinlich nicht auf die Menge an. Man muß die Dinge real betrachten. Es wäre nicht schlecht, zu jedem der 3 Abschnitte der Schlußakte jeweils 2 - 3 entsprechende Fragen auszuwählen. Dabei darf nicht zugelassen werden, daß der Eindruck entsteht, als wären die sozialistischen Länder nur an der Erörterung von Maßnahmen der militärischen Entspannung interessiert und überließen in bezug auf die anderen Fragen dem Westen das Feld. Ist es doch eine Tatsache, daß unsere Positionen zu allen Abschnitten stark und konstruktiv sind.

In der Arbeit mit den westlichen Partnern kommt es darauf an, darum zu ringen, daß sie unsere Konzeption für das Madrider Treffen annehmen um diesem einen sachlichen Charakter zu verleihen und eine Konfrontation zu vermeiden, die für Belgrad bezeichnend war.

Im vergangenen Monat habe ich während meines Besuches in Spanien in Gesprächen mit spanischen Staatsmännern hervorgehoben, daß die spanische Seite als Gastgeber eine bedeutende Rolle bei der Schaffung einer günstigen Atmosphäre auf dem Madrider Treffen spielen kann. Es ging natürlich nicht darum, daß auf den Verhandlungstisch Obst gestellt wird, sondern es ging um den positiven politischen Beitrag Spaniens zur Vorbereitung und zur Arbeit dieses Treffens. Die Spanier versicherten, daß sie zur erfolgreichen Durchführung des Treffens beitragen wollen. Wir wollen hoffen, daß das wirklich so ist.

Zur Ebene des Madrider Treffens. Diesbezüglich werden unterschiedliche Standpunkte geäußert. Eine konkrete Lösung wird der Verlauf der Vorbereitung des Treffens bringen. Später, wenn ersichtlich sein wird, was von dem Treffen erwartet werden kann, wird die Zeit kommen, auch diese Frage zu lösen.

Wenn man mit Vertretern der Teilnehmerländer des bevorstehenden Madrider Treffens zusammentrifft, bekommt man unterschiedliche Ansichten, oft sehr ernste, bisweilen ^{noch} nicht ganz durchdachte, jedenfalls verschiedene Ansichten zu hören. Man spricht sich manchmal dafür aus, daß die Mängel des vorangegangenen analogen Treffens in Belgrad berücksichtigt werden, daß deren Wiederholung nicht zugelassen und auf einer nüchterneren und gesünderen Grundlage verhandelt werden soll. Wir müssen natürlich eine solche Tendenz mit allen Mitteln fördern. Es wird wohl richtig sein zu sagen, daß diese Tendenz dominiert, wenn vorab der Plan der Durchführung des Treffens erörtert wird. Doch wie man sagt, kommt da manchmal auch ein anderer Standpunkt durch.

Ich meine, daß es wohl dennoch falsch wäre, wenn die zu erörternde Frage der Menschenrechte dort, wie auch schon in Belgrad, die Frage wäre, die das Treffen in eine Sackgasse führt. Es ist sehr gut möglich, daß wir schon während der Vorbereitungsarbeit auf solche Versuche treffen, doch wir gehen davon aus, daß unsere Länder, die Länder des Warschauer Vertrages, sich einig sind und daß wir unseren Einfluß und unser Gewicht auf die Waagschale legen, wo es nötig ist, und zwar, um eine Wiederholung dessen zu verhindern, was in Belgrad geschehen ist, und wir werden die Frage so stellen, daß die Interessen aller Teilnehmerstaaten des Treffens nüchtern berücksichtigt werden und daß man sich ernsthaft mit einigen Fragen beschäftigt. Der Kreis solcher Fragen mag danach kleiner sein, wichtig ist jedoch, daß sie positiv gelöst und behandelt werden, wie es den prinzipiellen Beschlüssen der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages entspricht. Kurz gesagt, lieber weniger, aber besser. Man muß danach streben, daß die Beschlüsse des Madrider Treffens nicht jene Vereinbarungen, die in Helsinki erzielt wurden, erschüttern, daß sie die Festlegungen der Schlußakte und ihre Bedeutung weder erschüttern noch herabmindern.

Zum Abschluß dieses Themas möchte ich noch ein prinzipielles Moment besonders herausstellen - das Verhältnis zwischen dem Madrider Treffen und der von uns vorgeschlagenen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa. Ich glaube, ich bringe die Meinung aller zum Ausdruck: je größer der Fortschritt bei der Ein-

berufung der von uns vorgeschlagenen Konferenz ist, desto günstiger werden die Bedingungen für die Arbeit in Madrid sein. Wir gehen natürlich davon aus, daß in unserem Vorschlag zur Konferenz über militärische Entspannung nichts enthalten ist, was dem Fragenkomplex des Madrider Treffens zuwiderläuft. Diese beiden Foren müssen sich gegenseitig ergänzen und im Interesse der Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa genutzt werden.

Zugleich ist klar, daß jedes dieser Foren seine Grenzen und seine Möglichkeiten hat. Es wäre ungerechtfertigt anzunehmen, daß in Madrid eine grundlegende Wende bei der Lösung der Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa erreicht werden kann. In dieser Hinsicht sind die Möglichkeiten der von uns vorgeschlagenen Konferenz weitaus größer. Was in Madrid wirklich getan werden kann, ist, jene vertrauensfördernden Maßnahmen zu billigen, die keine Meinungsverschiedenheiten hervorrufen und keine detaillierte Bearbeitung erfordern. Und solche Maßnahmen gibt es.

Einige Worte noch zu einem Aspekt der Frage des bevorstehenden Madrider Treffens, nämlich bezüglich seiner Ebene. Es könnte scheinen - je höher die Ebene desto besser. Wenn das immer so wäre, wäre diese These schwerlich zu bestreiten. Doch lassen Sie uns zwei mögliche Varianten konkret betrachten.

Die erste Variante: das Treffen läuft gut und schließt mit positiven Ergebnissen ab. In diesem Fall ist es so: je höher die Ebene des Treffens ist, desto gewaltiger und augenscheinlicher werden seine Beschlüsse aussehen, desto gewichtiger werden sie sein.

Die zweite Variante: Nehmen wir an, das Madrider Treffen verlief nicht so, wie man es gern hätte, nehmen wir an, die westlichen Länder hätten aus irgendwelchen Gründen beschlossen, die Bedeutung des Treffens zu untergraben, indem sie unnötige Fragen aufwerfen und ihre Positionen, die nicht der Entspannung und dem Frieden entsprechen, demonstrieren. Wie wird dann die Frage der Ebene entschieden werden?

Im Falle eines negativen, unbefriedigenden Ausgangs dieses Treffens ist es so: je höher die Ebene, desto mehr werden diese negativen Momente hervortreten.

Uns scheint, daß unter solchen Bedingungen diese Einstellung klar und unbestreitbar ist. Natürlich wird eine niedrigere Ebene, sozusagen schwächer, mit einigen Abstrichen die öffentliche Meinung erreichen. Doch der Ausgang des Treffens ist eine bisher noch unbekannte Größe. Uns scheint, daß im Verlauf der vorbereitenden Begegnungen und Konsultationen vieles geklärt werden kann, was die westlichen Länder vorhaben, mit welchen Positionen sie nach Madrid kommen wollen. Wieviel Zeit dafür notwendig ist - zwei, drei, vier, fünf Monate - ist schwer zu sagen, doch eine unserer Aufgaben besteht darin, daß wir uns bemühen zu klären, wie sich die Dinge entwickeln, wohin dieses Schiff treibt. Wenn das klarer ist, können wir die Frage präzisieren, welche Ebene am zweckmäßigsten ist, und so kommen wir, hoffentlich, zu einer abgestimmten Entscheidung. Letztendlich ist das nicht die schwierigste Frage.

Zum 25. Jahrestag der Organisation des Warschauer Vertrages. Das ist ein bedeutsames Datum. In dem Vierteljahrhundert seines Bestehens hat das Bündnis der Bruderländer mit seiner gesamten Tätigkeit eine unerschütterliche Treue zum Vermächtnis des großen Lenin bewiesen, der sagte: "Beendigung der Kriege, Frieden unter den Völkern, Beendigung von Raub und Gewalt - das ist unser Ideal..." (Zitat im Deutschen nicht autorisiert - Anmerkung d. U.).

Der Warschauer Vertrag hat gut für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt gearbeitet. Von Anfang an diente er und dient auch weiterhin als zuverlässiger Garant für die Sicherheit der sozialistischen Bruderstaaten. Die programmatischen Dokumente des Politischen Beratenden Ausschusses, denen die Beschlüsse der Parteitage der Bruderparteien, die durch die marxistisch-leninistische Ideologie zusammengeschmiedet sind, zu Grunde liegen, bilden ein festes Fundament für die Gewährleistung einer wirksamen Koordinierung und Aktionseinheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der internationalen Arena.

Im Verlauf der gegenseitigen Konsultationen kamen alle Teilnehmer unserer Organisation einmütig zu dem Schluß, daß es politisch bedeutsam ist, den in Kürze bevorstehenden 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages dadurch zu würdigen, daß zu seinem Jubiläum die nächste Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses einberufen wird. Wir haben eine Reihe gemeinsamer Maßnahmen geplant, darunter auch auf militärischem Gebiet, deren Durchführung diesem großen Ereignis gewidmet sein wird.

Man kann mit Gewißheit sagen, daß der ruhmreiche Jahrestag der Organisation des Warschauer Vertrages zu einer leuchtenden Demonstration der Freundschaft und Geschlossenheit der Bruderländer und ihrer Entschlossenheit wird, den abgestimmten außenpolitischen Friedenskurs durchzusetzen und zu verteidigen.

Ich möchte kurz auf einige aktuelle internationale Fragen eingehen

Zum Nahen Osten. Die Ereignisse entwickeln sich hier so, wie wir vorausgesehen haben. Die antiarabischen Separatabmachungen heizen in dieser Region weiterhin eine explosive Atmosphäre an, die oben-drein stark mit Erdöldämpfen angereichert ist.

Es ist gesetzmäßig, daß die überwiegende Mehrheit der arabischen Länder diese Abmachungen zurückweisen und für eine gerechte Regelung und einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten eintreten. Das belegten ein weiteres Mal die Ergebnisse des jüngsten arabischen Gipfeltreffens in Tunis. Das bekräftigen auch die Gespräche mit Assad und Arafat in Moskau.

Getreu unserer prinzipieller Linie unterstützen wir voll und ganz das Bestreben der Araber, die Abmachungen von Camp David zu Fall zu bringen, was den Weg zu einer umfassenden und gerechten Regelung auf der Grundlage kollektiver Anstrengungen aller interessierten Seiten und natürlich unter unbedingter Teilnahme der Palästinensischen Befreiungsorganisation ebnen würde.

Zu Iran. Bei aller Widersprüchlichkeit der iranischen Revolution unterstützen und unterstützen wir deren antiimperialistische Stoßrichtung. Die Sowjetunion ist für die freundschaftlichsten, bestnachbarlichen Beziehungen zum neuen Iran und ist bezüglich dessen, was von uns abhängt, bereit, diese Beziehungen weiter zu vertiefen und zu entwickeln.

Jetzt haben sich die iranisch-amerikanischen Beziehungen im Zusammenhang mit dem Ihnen bekannten Zwischenfall sehr verschärft. Die Sowjetunion tritt für seine Beilegung mit friedlichen Mitteln ein. Wir sind für die strikte Erfüllung der internationalen Konvention über die Achtung der diplomatischen Immunität der jeweiligen Vertreter der Staaten. Das wissen beide am Konflikt beteiligten Seiten. Das haben wir auch mit aller Bestimmtheit bei der Erörterung der Frage im Sicherheitsrat erklärt.

Wir haben übrigens erst kürzlich der iranischen Führung unsere Position im Sicherheitsrat, doch in beträchtlichem Maße auch außerhalb des Sicherheitsrates, dargelegt, daß es für uns unmöglich ist, die unbestrittene Tatsache zu ignorieren, daß es ein internationales Dokument gibt, das auch heute gültig ist: die entsprechende internationale Konvention über die diplomatische Immunität. Die Sowjetunion ist Teilnehmer der Konvention über die diplomatischen Beziehungen, und wir können nicht den Verpflichtungen aus dieser Konvention zuwiderhandeln. Wir können heute nicht für ihre Erfüllung sein und morgen gegen unsere Verpflichtungen aus der Konvention auftreten. Das haben wir den iranischen Führern deutlich erklärt.

Gleichzeitig erklärten wir der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika, daß wir jegliche Vorbereitung einer militärischen oder ähnlichen Aktion gegenüber Iran und Anspielungen auf eine solche Vorbereitung entschieden verurteilen, daß es gilt, im Zusammenhang mit diesen Ereignissen große Zurückhaltung und Kaltblütigkeit an den Tag zu legen sowie gegenseitig annehmbare Lösungen für den Konflikt eben auf der Grundlage der Kaltblütigkeit und Zurückhaltung zu suchen.

Ein Hinauszögern der Lösung der bekannten Frage ist nichts, eine verschwindende Größe im Vergleich zu jenen Folgen, die eine Gewaltanwendung, militärische Aktionen von Seiten der Vereinigten Staaten gegenüber Iran nach sich ziehen würden.

Niemand kann jetzt mit Bestimmtheit sagen, wieviel Zeit notwendig ist, um den Zwischenfall beizulegen. Doch wieviel Zeit auch vergehen mag, eine Regelung mit friedlichen Mitteln ist die einzig vernünftige Position. Sie leuchtet jedem objektiv denkenden Menschen ein.

Die Sowjetunion ist entschieden gegen Bedrohungen und Demonstrationen der Stärke gegenüber dem Iran. Das sagen wir auch öffentlich in unserer Propaganda ganz entschieden. Wir selbst mischen uns in die iranischen Angelegenheiten nicht ein und treten auch dagegen auf, daß sich andere Staaten in diese Angelegenheiten einmischen. Und wir stellen fest, daß das die gemeinsame Linie der mit uns verbündeten Staaten ist, die an diesem Tisch vertreten sind.

Zu den sowjetisch-chinesischen Verhandlungen. Wir hatten von Anfang an keine Illusionen. Die Chinesen stellten mit Absicht eine Reihe unannehmbarer Vorbedingungen. Wir brauchen nur ihre Forderung zu nennen, "jegliche Form der Unterstützung für die Sozialistische Republik Vietnam einzustellen".

Insgesamt beinhalten die chinesischen Vorschläge absolut keine konstruktive Grundlage. Erst vor ein paar Tagen empfing ich den Leiter der chinesischen Delegation in Moskau. Die Bemerkungen, die er im Zusammenhang mit der stattgefundenen Etappe dieser Verhandlungen machte, sind Bemerkungen, die eines jeglichen Inhalts bezüglich des Gegenstands der Verhandlungen entbehren. Sie bringen nicht das geringste Licht in diese Verhandlungen. Das ist eine Widerspiegelung dessen, was sich in Peking vollzieht, eine Widerspiegelung der Position der chinesischen Führung.

Die sowjetische Delegation legte in den Verhandlungen den Entwurf einer "Deklaration über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China" vor. Der Entwurf widerspiegelt

die gemeinsamen Interessen des sowjetischen und chinesischen Volkes, die Interessen der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Asien und in der ganzen Welt. Wir waren und sind für eine Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen, für die Wiederherstellung der guten Nachbarschaft und die Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen der UdSSR und China. Nach wie vor weisen wir alle Versuche Pekings entschieden zurück, der Sowjetunion seine Bedingungen zu diktieren. Es wurde den Chinesen gesagt, daß die sowjetische Seite nicht die Absicht hat, Fragen zu erörtern, die die Beziehungen der UdSSR zu dritten Ländern, insbesondere zur Mongolei und zu Vietnam, betreffen.

Die chinesischen Vertreter sagten in den Verhandlungen, die in Moskau stattfanden, daß die chinesische Seite nicht für die Erörterung irgendwelcher Prinzipien der Beziehungen, z. B. der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, sondern dafür sei, konkrete Fragen zu erörtern. Wir stellen ihnen die Frage: Sagen Sie bitte, wieso ist der Vorschlag, im Frieden zu leben, nicht auf Gewalt und somit auf Krieg bei der Lösung von Streitfragen zurückzugreifen, der Vorschlag, zur Entspannung beizutragen, keine konkrete Frage? Ist das etwa keine konkrete Frage? Dann müßte man annehmen, daß die gesamte Aufmerksamkeit, die die UNO den Fragen widmet, keinen konkreten, sondern irgendwelchen aus der Luft gegriffenen Fragen gewidmet wird.

Seinerzeit, bis 1933, gab es schlechte Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, es gab auch keine diplomatischen Beziehungen. Womit haben damals die USA und die Sowjetunion angefangen? Etwa mit der Frage, wer bei wem wieviel Tabakwaren kaufen muß? Nein, sie begannen damit, daß beide Seiten im Geiste der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zusammenarbeiten müssen, d. h. sie begannen mit der Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, was wir auch China vorschlagen.

Ein weiteres Beispiel. Wir hatten vor der Herstellung diplomatischer Beziehungen schlechte Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD. An der Spitze einer westdeutschen Delegation reiste Adenauer an. Was wurde damals beraten? Vielleicht Fragen des Handels, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der Kultur oder vielleicht welche Waren wem in welcher Menge zu liefern sind?! Nein, es wurden Fragen beraten, die zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz gehören - welche Position in den prinzipiellen Fragen Krieg oder Frieden oder zu anderen Fragen zu beziehen ist. Wir vereinbarten, daß beide Länder für eine gegenseitige Verständigung wirken werden, dafür, alles in der Erinnerung befindliche Schlechte zwischen den deutschen und den sowjetischen Menschen auszuräumen und wohltuende, gute Beziehungen zu schaffen, natürlich bei Anerkennung der Tatsache der Existenz des anderen, des sozialistischen deutschen Staates. Wir kamen über das überein, was wir jetzt, kurz gesagt, unverschlüsselt als Prinzip der friedlichen Koexistenz bezeichnen.

Soll das nun heißen, daß all das falsch war? Heißt das als Vorbedingungen Forderungen - analog den gegenwärtigen - hinsichtlich der Mongolei, Vietnams, der sowjetisch-chinesischen Grenze zu stellen. Wir schlußfolgern daraus, daß bisher kein ernsthafter Wunsch seitens der chinesischen Führung zu beobachten ist. Und was die Zukunft betrifft, so kann man sie nur erraten. Wir geben unser Einverständnis, die Verhandlungen fortzusetzen. In der nächsten Etappe werden sie in Peking weitergeführt. Das konkrete Datum ist noch zu vereinbaren.

Zu Südafrika. Die imperialistischen Mächte versuchen, gestützt auf die rassistischen Regimes und Marionetten unter den Afrikanern, hartnäckig, hier ihre Positionen zu behalten.

Größte Aufmerksamkeit verdienen gegenwärtig die Ereignisse im Zusammenhang mit der in London stattfindenden Rhodesien-Konferenz. Auf dieser Konferenz drehen die Engländer den Vertretern der Patriotischen Front buchstäblich die Arme heraus, um prinzipielle Zugeständnisse zu erreichen. Die Sowjetunion ist bestrebt, die Führung der Patriotischen Front zu stärken, mit der wir auf der

Grundlage der Positionen, die der Aufgabe, in Simbabwe einen wahrhaft unabhängigen nationalen Staat zu schaffen, entsprechen, in ständigem Kontakt stehen.

Wir sind nach wie vor gegen jegliche neokolonialistische Gebilde und werden den national-patriotischen Kräften von Simbabwe und Namibia, den Kämpfern für die Freiheit der Südafrikanischen Republik die erforderliche Hilfe erweisen. Es gibt nur einen Weg zur dauerhaften Lösung sowohl des Rhodesien-, als auch des Namibia-Problems - den Völkern dieser Länder in Gestalt ihrer wahren Vertreter die volle Macht in die Hand zu geben. Den sozialistischen Ländern gereicht es zur Ehre, daß sie diese gerechte Sache verteidigen. Und das versteht jeder Afrikaner, jeder objektiv denkende Mensch. Wir müssen diesen Kurs, diesen einzig gerechten Weg auch weiterhin einschlagen.

Genossen !

Abschließend möchte ich der Gewißheit Ausdruck verleihen, daß unsere gegenwärtige Tagung wie stets im Geiste brüderlicher Freundschaft und Kameradschaftlichkeit verläuft und ihren Beitrag zur Lösung der vor unseren Ländern stehenden aktuellen Aufgaben zur Festigung des Friedens und zur Vertiefung der Entspannung leisten wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.